

A cartoon character with a large nose and a surprised expression is standing next to the word 'inforz' written in a large, bold, stylized font. The character has one hand raised to its forehead.

inforz

ZEITUNG DER FACHSCHAFT INFORMATIK

ZU HESSEN - DARMSTADT

Inhalt:

Reaktionen auf unseren Streik

Resolutionsvorschlag zum HRG

für den Fachbereichsrat Informatik

Bericht der Datenschutz-AG

Herausgegeben von der Fachschaft Informatik,
Magdalenenstr.11, 61 Darmstadt

10

DEZ 77

Reaktionen auf den studentischen Streik

Als ich mich bereiterklärte, eine Einschätzung der Streikwirkung außerhalb der Hochschule zu schreiben, ahnte ich nicht, was ich mir aufgehalst hatte. Bei der Sichtung des Materials quoll mein Schreibtisch fast über von Solidaritätsadressen, Presseberichten, Politikerstellungen u.s.w. Daß der bundesweite Streik ein so großes Echo hervorrief, hätten wir wohl alle nicht erwartet und hat mich nach den anstrengenden Streiktagen wieder ganz schön aufgemöbelt.

Um mir etwas Arbeit zu ersparen, greife ich im Folgenden teilweise auf schon vorhandene Zusammenstellungen zurück.

Die Darstellung in der P r e s s e war recht unterschiedlich. Obwohl die Streikaktivitäten oft geruntergespielt wurden, war der Streik ein beherrschendes politische Tagesthema der beiden letzten Wochen. Dabei wurde einerseits versucht, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit eine Verunsicherung und Demobilisierung der Studenten herbeizuführen ("dieser 'Streik' sei sei er Streik der Funktionäre , aber kein Streik der

Mehrheit der Studenten, argumentierte der SLH. Er werde nur dazu führen, daß sich die Studenten in der augenblicklichen Situation auch die letzten Sympathien in der Bevölkerung verscherzten." FAZ 5.11.) ; andererseits wurde uns generell der Begriff "Streik" für unsere Aktionen abgesprochen. Letzteres geschah vor allem, um mögliche Verbindungen zum Arbeitskampf der arbeitenden Bevölkerung nicht aufkommen zu lassen, und um generell eine solche Kampfform nicht Schule machen zu lassen.

Trotzdem konnte von allen Presseorganen und Medien nicht geleugnet werden, daß die Studenten tatsächlich unter einer großen Anzahl von Problemen zu leiden haben und daß ihr Protest einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt. Hinweise darauf finden sich oft recht versteckt: "Die CDU fordert die Studenten auf, sich nicht von den Aktivitäten von Extremisten und 'Volksfrontbündlern' zu beteiligen, die versuchen, berechnete Anliegen der Studenten zu einem Generalaufruf auf die die Gesellschaft umzufunktionieren" FAZ 1.12. Dies ist besonders bemerkenswert, da unsere Probleme bisher totgeschwiegen wurden!

Es gelang uns während des Streiks auch, unsere Isolierung zu durchbrechen. Die zahlreichen Solidaritätserklärung von G e w e r k s c h a f t e n und J u g e n d v e r b ä n d e n können hier nur teilweise stichpunktartig aufgeführt werden.

Gewerkschaft HBV, Delegiertenkonferenz der Ortsverwaltung Hannover

In einer Entschließung wird in Übereinstimmung mit der DGB-These zur Hochschulreform mehr gewerkschaftlicher Einfluß an den Universitäten und Hochschulen, mehr Mitbestimmung in den Selbstverwaltungsgremien, der Erhalt der studentischen Interessenvertretung sowie das politische Mandat für die Verfaßte Studentenschaft gefordert.

Dieter Schmidt, GEM-Hauptvorstand

Schmidt spricht sich aus für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzhoheit.

DGB-Kreisjugendausschuß Dortmund

Der DGB-KJA stellt fest, daß Lehrlinge und Studenten gleichgerichtete Interessen haben. Er unterstützt die bevorstehenden studentischen Aktionen.

Solidaritätserklärungen aus dem Bereich Gewerkschaften:

Stuttgart, den 1.12.77:

Der Bundesjugendausschuß der Naturfreundejugend Deutschlands erklärte auf seiner Tagung am 19./20.11.77 in Hannover erneut die Solidarität der NFJD mit dem vom VDS ausgerufenen Streik an den Hochschulen. (siehe den Aufruf der DGB-Jugend "Kein Jugendberufshilfegeld!")

Frankfurt a. M., 5.12.77:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zeigte "Verständnis für Protest der Studenten". Das Hochschulrahmengesetz... sei ungeeignet, die akuten Probleme der Hochschulen zu lösen. Im Gegenteil - landauf, landab verschärfe sich die Lage an den Hochschulen. Dies erklärte der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, in einer Stellungnahme zu den bundesweiten "Unruhen der Studenten".

Hamburg, den 30.11.77:

Der Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier erklärte, daß er den Streik für ein legitimes Mittel halte, den Protest zum Ausdruck zu bringen und die Öffentlichkeit über die Situation an den Hochschulen aufzuklären - eine Aufgabe, der sich viele Berichtersteller in den Medien nicht mehr oder nur tendenziös entledigten.

Hamburg, den 23.11.77:

Der Gewerkschaftliche Vertrauenskörper der IG Druck und Papier in der Axel Springer Verlag AG forderten den Hamburger Senat im Zusammenhang mit dem bundesweiten Streik auf, "Initiativen zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes und des LANDES HOCHSCHULGESETZES ZUERGREIFEN".

Hamburg, den 3.12.77:

Weit über 5000 Jugendliche beteiligten sich an einer Fete, die der ASTA der Uni in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring veranstaltet hatte unter dem Motto: "Für das Recht auf Bildung und Arbeit."

Hamburg, den 1.12.77:

Der Betriebsrat der Gesamthafenarbeiter Hamburgs schickte eine Unterschriftenliste an den ASTA der Uni Hamburg. Sie meinten u.a. "Wir meinen, daß Studenten und Arbeiter gemeinsame demokratische und soziale Belange haben."

Frankfurt, 3.12.77

Die Delegierten der 10. DGB-Bundesjugendkonferenz verabschiedeten eine Initiativ-Entscheidung zur "Solidarität mit den bundesweiten Aktionen der Studenten".

Hamburg, den 29.11.77:

Der Asta der Uni Hamburg meldet Solidaritätserklärungen von: der Kreisjugendkonferenz der DGB-Jugend, der Betriebsrat der städtischen Kinder- und Jugendheime e.V. und die Betriebsgruppe Rauhes Haus der Gewerkschaft ÖTV.

Auch der DGB-Bezirk (Landesbezirk) Nordmark unterstützt den studentischen Streik.

Solidarisch erklärte sich die ÖTV Lübeck mit dem Streik der Studenten.

Auch zahlreiche Politiker aller Parteien sahen sich genötigt, auf die Studenten und ihre Probleme einzugehen und einige Zugeständnisse zu machen. Bisher hatten sie unsere Probleme einfach übersehen.

••

Wir nehmen die Probleme der Studenten ernst. Wir nehmen ernst,

- daß sie Studieninhalte und Studienbedingungen vorfinden wollen, die ihnen eine qualifizierte Ausbildung vermitteln,

- daß sie sich gegen Lernformen wenden, die durch sachwidrige Notenkonkurrenz zu einem falschen Leistungsdruck führen,

- daß viele von ihnen noch immer unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen studieren müssen,

- daß sie faire Bedingungen für die Vertretung ihrer Interessen fordern,

- daß Unsicherheit verspürt wird, ob für politische und wissenschaftliche Überzeugungen berufliche Nachteile eintreten können.

- 1. SPD-Parteivorsitzender Willi Brandt hat, nachdem die VDS ihm einen Brief geschrieben hat, sich zu einem Gespräch mit allen fünf Fraktionen der VDS bereit erklärt. In einer Fernsehdiskussion mit dem RCD-Vorsitzenden hat Willi Brandt zudem erklärt, daß er auf die studentischen Probleme erst durch den Streik mit der Nase draufgestoßen worden sei. Die Tatsache, daß Willi Brandt sich zu einem solchen Gespräch genötigt sieht, ist ein wichtiger Erfolg der fortschrittlichen Studentenbewegung. Willi Brandt muß mit seiner Einladung an alle fünf Fraktionen der VDS respektieren, daß die fortschrittliche Studentenbewegung eine Aktionsgemeinschaft zur Vertretung aller fortschrittlichen Interessen der Studenten eingegründet ist. Willi Brandt geht mit diesem Gespräch unmittelbar auf den studentischen Protest ein und er wird nicht umhin können, etwas zur Hochschulmisere zu sagen und vor allem anzugeben, was er zu tun gedenkt. Es ist natürlich davon auszugehen, daß Willi Brandt bei diesem Gespräch den Versuch der Integration der Studenten (oder zumindest einen Teil von ihnen) zu unternehmen. Dennoch, er konnte dazu erst gezwungen werden auf Grund des Widerstandes der Studenten und die Studenten werden mit ihrem Protest nicht nachlassen, bis er auch tatsächlich materielle Zugeständnisse an die Studenten macht. ✓
- 2. Carsten Voigt, als Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion, sah sich ebenfalls veranlaßt mit Vertretern der VDS ein Gespräch zu führen und dabei auch über die Frage der Finanzierung der VDS zu sprechen. Carsten Voigt mußte nach diesem Gespräch zugeben, daß für die Studenten sowie für die Hochschulen insgesamt durch das Hochschulrahmengesetz erhebliche und unerträgliche Probleme entstehen.
- 3. Von einigen FDP-Bundstagsabgeordneten wurde eine Initiative zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes gestartet, da sie der Meinung sind, daß das Hochschulrahmengesetz in der derzeitigen Fassung nicht tragbar ist.
- 4. Bundesbildungsminister Rohde erklärte, daß die Studenten ein Recht und einen Grund zum Protest haben. Damit gesteht er ein, daß an der Hochschule eine nicht zu verantwortende Misere besteht.
- 5. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion des Landes Rheinland-Pfalz hat sich der Erklärung der Wissenschaftsminister von Bund und Ländern angeschlossen. Die SPD Landtagsfraktion unterstreicht dabei noch einmal insbesondere das "der bequeme Weg mancher Politiker und Publizisten, Stimmung gegen die Hochschulen zu machen, und sich auf dieser Stimmungswooge zur Popularität tragen zu lassen, die Lösung der tatsächlich vorhandenen Probleme nur erschweren kann".
- 6. NRW-Bildungsminister Rau erklärte in einer Presserklärung, daß "Boykott von Lehrveranstaltungen keine Lösung der sicher vorhandenen Probleme bringt". Auch Rau erklärt also, daß an den Hochschulen Probleme vorhanden sind.
- 7. Der neue Präsident der Westdeutschen-Rekoren-Konferenz (Steinlin) erklärt, daß die Mehrheit der Studenten nicht zu lange studieren würde. Damit widerspricht er allen Behauptungen der bürgerlichen Presse, daß die Studenten lediglich aus Faulheit oder Trägheit derart lange Studienzeiten brauchen.

✓ dieser Gegenstand hat inzwischen stattgefunden - 9 -

Zusammenfassen kann man sagen, daß wir durch unseren Streik zumindest die Aufmerksamkeit auf unsere Probleme gelenkt haben. und unsere isolierte Position durchberechnen könnten. Bisher konnten wir bei den Politikern allerdings nur verbal e Zugeständnisse erreichen. Deshalb ist es notwendig, jetzt nicht nachzulassen im Kampf um unsere Rechte und genau zu prüfen, inwieweit die Zugeständnisse realisiert werden. Wir werden also unser AGs weitermachen, weiter die Bevölkerung über unsere Ergebnisse informieren, eine Resolution zu HRG und LHG im FBR verabschieden (Entwurf siehe unten) und unsere Kontakte zu Gewerkschaften, die wir vor und während des Streiks geknüpft haben, ausbauen. Der Kampf geht weiter!!!

Beschluß der Bundesjugendkonferenz des DGB zum studentischen Streik

1.-3.12.77

Bezeichnung aufgrund handschriftlich vorliegender Änderungen

Initiativ-Entscheidung Nr. 7 einzuordnen hinter 09

"Solidarität mit dem bundesweiten Protestaktionen der Studenten"

Die 10. DGB-Bundesjugendkonferenz möge beschließen:

Über die Landeshochschulgesetze soll derzeit das Hochschulrahmengesetz an den Hochschulen umgesetzt werden. Für die Studenten bedeutet das:

- eine "Studienreform", die nicht an den Interessen der Bevölkerung und der Studenten, sondern an den Interessen der "Wirtschaft", d. h. an den Profitinteressen der großen Unternehmen ausgerichtet ist;
- eine Verschlechterung der Qualifikation der Ausbildung durch Kurzstudiengänge und Regelstudienzeit
- ein verfassungsmäßig fragwürdiges Ordnungsrecht und eine umfassende politische Disziplinierung;
- den Abbau von Mitbestimmungspositionen;
- die ständige Bedrohung ihrer demokratischen Interessensvertretung, der Verfassten Studentenschaft, sei es durch die direkte Abschaffung oder durch die Beschränkung ihrer Rechte (wie z. B. Verbot des politischen Mandats).

Hinzu kommt die nach wie vor völlig unzureichende soziale Absicherung der Ausbildung und die schlechten Studienbedingungen, bedingt durch die mangelhafte Ausstattung der Hochschulen.

Von dieser Hochschulmisere sind in erster Linie die Kinder der abhängig Beschäftigten betroffen, die unzureichenden Studienbedingungen halten sie davon ab, ein Studium überhaupt erst aufzunehmen. Der eh schon geringe Anteil von Arbeiterkindern an den Hochschulen ist in den vergangenen 1 1/2 Jahren noch weiter abgesunken. Sozialer Numerus Clausus und die Bildungsprivilegien werden zementiert.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung ist von dieser Entwicklung im Hochschulbereich betroffen.

Ansätze zur Kooperation mit den Gewerkschaften und den Hochschulen werden von den Konservativen als einseitige Beeinflussung diffamiert. Damit sollen weiterhin Forschungen und Studieninhalte am Kapitalinteresse orientiert bleiben. Obwohl der gesellschaftliche Bedarf z. B. an Lehrern, an Sozialarbeitern, an Arbeitsmedizinern vorhanden ist, werden hier Einschränkungen mit den "Begründungen" von Überangebot und Überqualifikation vorgenommen.

Die Angriffe auf die Interessensvertretungsorgane der Studenten, den ASTen, gehen einher mit dem ständig praktizierten Versuch, die Möglichkeiten der Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten einzuschränken.

Zur Verteidigung ihrer bedrohten sozialen, demokratischen und qualifikatorischen Interessen führen die Studenten in diesem Wintersemester an allen Hochschulen Protestaktionen durch, um die reibungslose Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes zu verhindern und die antidemokratischen Tendenzen im gesamten Bildungswesen aufzuhalten.

Die Studenten suchen dabei die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, insbesondere den Gewerkschaften.

Die Rechtskräfte versuchen immer wieder, die Protestaktionen als "unsolidarisch" gegenüber arbeitslosen Jugendlichen oder Schülern, die aufgrund des Numerus Clausus keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, darzustellen. Die Interessen der Jugendlichen sollen untereinander ausgespielt werden, um die Sicht für die Gemeinsamkeit und ein gemeinsames Handeln zu verstellen.

Die DGB-Bundesjugendkonferenz stellt demgegenüber nachdrücklich fest, daß Ausbildungsplatzmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Bildungskatastrophe durch das Profitstreben der Unternehmen und die staatliche Sparpolitik verursacht wird.

Die Protestaktionen der Studenten werden von der DGB-Jugend als ein wichtiger Schritt im Kampf für ein demokratisches Bildungswesen im Interesse der arbeitenden Jugend, der Schüler und Studenten angesehen. Indem die Studenten gegen die Hochschulmisere kämpfen, sind sie solidarisch mit der arbeitenden Jugend und anderen Jugendlichen.

Die DGB-Bundesjugendkonferenz solidarisiert sich aus diesem Grunde mit den Aktionen der Studenten. In den Organen des DGB und der Einzelgewerkschaften setzt sich die DGB-Jugend für die Unterstützung der Aktivitäten der Studenten ein, da sie in ihre Zielen weitgehend mit gewerkschaftlichen Forderungen - wie sie u. a. in den 23 Thesen des DGB dargelegt sind - übereinstimmen.

Die DGB-Jugend wird sich dafür einsetzen, daß in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit über die tatsächlichen Verhältnisse an den Hochschulen und die Forderungen der Studenten informiert wird.

Die DGB-Jugend begrüßt besonders die in diesem Herbst vielfach durchgeführten gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften, Schülervertretungen und Studentenschaften, die unter dem Motto "Für das Recht auf Arbeit und Bildung" stehen.

Wie die DGB-Bundesjugendkonferenz die Studenten zur solidarischen Unterstützung der Aktionen der Gewerkschaftsjugend auffordert, so fordert sie ihre eigenen Mitglieder zur aktiven Unterstützung der Aktivitäten der demokratischen Studenten auf.

Empfehlung der Antragsberatungskommission:
Annahme

(Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen)

-5-

RESOLUTIONS VORSCHLAG zum HRG FB INFORMATIK

Schon im Mai 1976 hat der FBR seine Ablehnung des HRG zum Ausdruck gebracht.

Die jetzt vom hessischen Kultusminister vorgelegten Entwürfe zur Anpassung des HHG und des HUG und das HRG zeigen:

1. Die vom Rahmengesetz gelassenen Dispositionsräume wurden in restriktiver Weise ausgelegt.

2. Sollen die im HRG angelegte Entdemokratisierung und Dequalifizierung der wissenschaftlichen Ausbildung sowie des gesamten Hochschulwesens nicht Wirklichkeit werden, so muß auf eine Novellierung des HRG gedrängt werden.

Dazu seien die wesentlichen Kritikpunkte noch einmal dargestellt:

- Regelstudienzeit

Bei den laufenden Diskussionen um die Reformierung des Studiengangs Informatik zeigt sich die Unmöglichkeit, bei einer inhaltlich nicht begründeten Zeitlimitierung des Studiums eine die Qualität des Studiums nicht angreifende Reform durchzuführen. Hochschulausbildung verliert in dem Maße ihren wissenschaftlichen Charakter, in dem sie reduziert wird auf bloßes Rezipieren von Faktenwissen und keine Möglichkeit mehr läßt, Kritikfähigkeit gegenüber den Methoden der Fachdisziplin und den sozialen Implikationen von Wissenschaft zu entwickeln.

Soll eine Ausbildung ohne unnötigen Zeitverlust angestrebt werden, so ist zu beachten, daß eine Hauptvoraussetzung, die materielle Ausstattung des Bildungsbereiches, in keiner Weise gegeben ist. An diese Grenze stoßen wir immer wieder in der Diskussion. So müssen zum Beispiel neue sinnvolle Studienformen, wie Projektstudium, an den finanziellen Bedingungen scheitern. Doch schon der laufende Studienbetrieb ist gekennzeichnet durch eine materielle Misere. Die Studenten sehen sich konfrontiert mit Massenübungen, unzumutbaren Praktikumsbedingungen, fehlenden Skripten und

Lehrbüchern und dem Zwang, Zeit in Nebentätigkeiten zu investieren, um den Lebensunterhalt zu sichern. Angesichts dieser Zustände ist es skandalös, wenn im Fachbereich 20 die finanziellen Mittel auf nahezu 1/4 gekürzt werden sollen. Wir fordern daher als wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Studienreform die materielle Ausstattung des Bildungsbereichs, sowie eine kostendeckende Ausbildungsförderung für Studenten.

- Studienreformkommissionen

Die undemokratisch gebildeten Studienreformkommissionen heben praktisch die Selbstverwaltung in entscheidenden Punkten der Lehre auf. Die von den Kommissionen zu erarbeiteten Empfehlungen und "Musterstudien- und Prüfungsordnungen" können von den zuständigen Landesbehörden auch gegen den Willen der Hochschulen durchgesetzt werden.

Eine demokratische Studienreform kann nur gewährleistet werden unter Beteiligung von Studenten, Lehrenden und den Organisationen der arbeitenden Bevölkerung.

- Öffnung der Hochschulen

Die Institutionalisierung von Auswahlverfahren bei der Hochschulzulassung verstärkt das Bildungsprivileg, da dadurch besonders Kinder aus sozial schwachen Schichten benachteiligt werden. Statt die Kapazitäten an nicht wissenschaftlich begründbaren Bedarfsaussagen zu orientieren, müssen die vorhandenen Bildungseinrichtungen ausgebaut werden. Nur so - und nicht durch eine Überlastquote - kann der NC tatsächlich abgebaut werden.

- Mitbestimmung

Das HRG schreibt die undemokratische Besetzung der Hochschulgremien fest. Dem Grundsatz der gleichberechtigten Mitwirkung aller Gruppen an den Entscheidungen der Hochschule kann nur die drittelparitätische Mitbestimmung gerecht werden.

- Ordnungsrecht

Das geplante Ordnungsrecht schafft eine Sondergerichtsbarkeit an den Hochschulen und ist seiner eine willkürliche Auslegung ermöglichenden Formulierung (§ 28 HRG) geeignet, als Disziplinierungsmittel jegliches kritische Potential zu ersticken.

- Verfaßte Studentenschaft

Für eine umfassende Interessenvertretung der Studenten ist die VS in ihrer jetzigen Form mit rechtlich verankertem politischen Mandat eine notwendige Voraussetzung. Ist schon im HRG dieses allgemeinpolitische Mandat nicht mehr vorgesehen, so setzt das HHG das verbal zugestandene Recht auf Selbstverwaltung praktisch gänzlich außer Kraft, indem es

- die Finanzhoheit durch einen Vermögensbeirat untergräbt,
- die studentische Vollversammlung als höchstes beschlußfassendes Organ beseitigt,
- die Fachschaftsräte in der jetzigen Form eliminiert und
- die VS unter verstärkte Rechtsaufsicht des Landes stellt.

Der FBK fordert die Mitglieder und Gremien der Hochschule, die demokratische Öffentlichkeit, die parlamentarischen Vertretungen und exekutiven Instanzen auf, sich für eine Novellierung des HRG und die Entwicklung eines Hessischen Hochschulrechts einzusetzen, die folgenden Forderungen entsprechen :

- Für eine wissenschaftliche Ausbildung, die zu einer demokratischen Berufspraxis und der Wahrnehmung der eigenen Interessen und der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung befähigt!
- Keine Regelstudienzeit und keine Zwangsexmatrikulation!
- Tatsächlicher Abbau des NC durch den Ausbau der Hochschulen und die soziale Absicherung des Studiums!
- Statt den Landesstudienreformkommissionen in den Händen von Staat und Unternehmern eine Studienreform durch die Hochschulen im Zusammenwirken mit Gewerkschaften und Betriebsräten!
- Drittelparitätische Zusammensetzung der Selbstverwaltungsgremien der Hochschule!
- Kein Ordnungsrecht!
- Für das Recht auf umfassende, materielle, politische und qualifikatorische Interessenvertretung der Studenten, für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzhoheit!

Bericht der DATENSCHUTZ-AG

Der folgende Bericht soll nicht ein abschließendes Resümee sein, sondern hat eindeutig den Anspruch, zu erreichen, daß die für die Zukunft geplanten Aktivitäten effektiv durchgeführt werden können. Wir von der Datenschutz-AG wehren uns dagegen, daß die Arbeit in der nächsten Zeit einschläft. Die Diskussionen der vergangenen Woche haben allen Teilnehmern gezeigt, wie wichtig das Thema Datenschutz für jeden ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle alle Interessierten bitten, zur nächsten Veranstaltung am Donnerstag, den 22.12.77, im Fachschaftsraum, Magdalenenstr. 11, Zi. 106, zusammenzukommen.

Am Fachbereich 20 wurde in der Woche vom 5.-9.12. eine Arbeitsgruppe zum Thema Datenschutz von der Fachschaftsvertretung angeboten. Obwohl das ursprüngliche Konzept auf (erhoffte) 2 Wochen zugeschnitten war, versuchten wir trotzdem, uns daran zu halten, was auch gelang. Der erste Termin am Montagnachmittag hatte zum Inhalt, die Teilnehmer in die Problematik des Datenschutzes einzuführen. Es wurden jeweils ein Beispiel zu den Themen:

Privatsphäre
Veränderung der Herrschaftsstrukturen
Rechte des Einzelnen

vorgelegt und diskutiert.

Danach überlegten wir uns im großen Kreis unser weiteres Vorgehen. Als Ziele wurden die Öffentlichkeitsarbeit, das Verantwortungsbewußtsein des Informatikers und der Einfluß auf die Inhalte des neuen Studienplans formuliert.

BUNDESDATENSCHUTZGESETZ

§ 28 Bestellung eines Beauftragten für den Datenschutz

Absatz 2 :

Zum Beauftragten für den Datenschutz darf nur bestellt werden, wer die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt.

Der Begriff "Privatsphäre" war am Mittwoch, die Rechte des Einzelnen am Donnerstag und die Öffentlichkeitsarbeit am Freitag Gegenstand der Diskussion. Das Thema "Veränderung der Herrschaftsstrukturen" verschieben wir auf später (Do. 22.12.), da es uns nicht so relevant für die Bevölkerungsinformation am Samstag erschien.

Ergebnisse der Diskussionen

Mittwoch

Die großen Datenbanken der Behörden und Unternehmen, in denen bis zu 1000 verschiedene Daten über einen Menschen gespeichert sind, und die unkontrollierte Weitergabe dieser Informationen an Dritte ermöglichen es, umfassende Persönlichkeitsprofile von jedem einzelnen Bürger zu erstellen. Dies ist eindeutig ein Eingriff in die Privatsphäre der Leute, die an jene Institutionen eigene Daten abgegeben haben. Davor muß ein Gesetz wirksam schützen, was aber das bestehende Bundesdatenschutzgesetz nicht leisten kann, wie wir meinen.

Es ist uns auch klar geworden, daß man in diesem Zusammenhang von einer "Relativität der Privatsphäre" sprechen sollte, da sie in allen Lebensbereichen individuell verschieden aussieht.

Zum Thema "Rechte des Einzelnen" haben wir unsere Ergebnisse schon als Forderungen formuliert: Zum Punkt "Auskunftsrecht":

- Sperrung der Weitergabe an private Firmen
- Veröffentlichung der Speicherung und Übermittlung
- gebührenfreie Auskunft
- Nachveröffentlichung
- detailliertes Register, öffentlich
- Regelung für Ausnahmen
- allgemeines Auskunftsrecht ohne Einschränkung der Angabe der gewünschten Datenarten

zum Punkt "Berichtigung, Sperrung, Löschung":

- Sperrung bei Widerspruch
- Löschung nicht beweisbarer Daten in gewisser Frist
- Löschung nicht mehr zum Zweck benötigter Daten
- Beweispflicht bei der speichernden Stelle im Prozess
- Lösungsfrist

zum Punkt "Datenschutzbeauftragter":

- Unabhängigkeit, Weisungsfreiheit
- jeder muß ihn anrufen dürfen
- angemessene Ausstattung seines Arbeitsplatzes
- Meldepflicht, auch im privaten Bereich

Betrieblich:

- keine Personalbeschränkung
- Pflicht der Ausbildung (auch in der Hochschule)
- Eingliederung in den Betriebsrat
- Kündigungsschutz
- Unterstützung durch Bundes- bzw. Landesdatenschutzbeauftragten

Am Freitagnachmittag und Samstagvormittag schrieben wir dann ein Flugblatt zum Thema Datenschutz und verteilten es danach an die Darmstädter Bürger. Wir wollten damit nicht nur die Ergebnisse unserer Arbeit in der "Streikwoche" aus der Hochschule heraustragen, sondern auch zeigen, daß wir aktiv gestreikt und uns mit ihren Problemen (Datenschutz geht jeden an!) beschäftigt haben. Auch wollten wir mit dem Hinweis auf unsere Forderung nach einer Lehrveranstaltung zum Thema Datenschutz im Informatik-Studium einen direkten Bezug zum bundesweiten HRG-Streik herstellen.

Der Erfolg unserer einwöchigen Arbeit läßt sich nicht konkretisieren, doch die Tatsache, daß sich erstaunlich viele neue Leute an den Diskussionen innerhalb der Datenschutz-AG beteiligten, ist als Erfolg zu bewerten, und sollte eine solide Grundlage für unsere zukünftige Arbeit zum Thema Datenschutz sein.

Zum Schluß möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die uns in Zukunft in unseren Aktivitäten unterstützen werden.

u.b.

- 10 -

Täglicher Überwachungsbogen
 einer Nationalen Datenbank
 (Nach "Computers and Automation", Oktober 1969)

Computeranalyse

DENNIE VAN TASSEL
 Head Programmer
 San Jose State College
 1255 7th Street
 SAN JOSE, CALIF. 95114

Der folgende "Tägliche Überwachungsbogen" wird jedermann als Grundlage des Nachdenkens vorgelegt, der von der Einrichtung der vorgesehenen "Nationalen Datenbank" betroffen ist. Er wird hoffentlich zu der Einsicht verhelfen, daß jeder betroffen ist.

NATIONALE DATENBANK
 Täglicher Überwachungsbogen
 Vertraulich
 11. Juli 1987

Betrifft: Dennie Van Tassel
 San Jose State College
 Männlich
 38 Jahre
 Verheiratet
 Programmierer

Ausgaben: Wall Street Journal	.10
Frühstück	1.65
Benzin	3.00
Telefon (328-1826)	.10
Telefon (308-7928)	.10
Telefon (421-1931)	.10
Mittagessen	2.00
Cocktail	1.00
Damenunterwäsche	21.85
Telefon (396-2436)	.35
Bourbon	8.27
Zeitung	.10

Bank: Barabhebung 120.00

Besitz Aktien (90 Prozent Wahrscheinlichkeit)

Schweres, kräftiges Frühstück. Vermutlich Übergewicht.

Für 3 Dollar Benzin gekauft. Besitzt VW. Bisher in dieser Woche für 12 Dollar Benzin gekauft. Offenbar weitere Fahrten außer den 9 Meilen zum Arbeitsplatz.

Kaufte Benzin um 7 Uhr 57. Anzunehmen, daß zu spät zur Arbeit gekommen.

Tel. Nr. 328-1826 gehört Shady Lane - Shady war 1972 wegen Wettvergehens verhaftet.

Tel. Nr. 308-7928. Teuerer Herrenfriseur - spezialisiert auf Kahlköpfige und Modehaarschnitt.

Tel. Nr. 421-1931. Bestellungen für Las Vegas (ohne Ehefrau). Dritte Reise nach Las Vegas in diesem Jahr (ohne Ehefrau). Werden Akten prüfen, ob jemand zu denselben Zeiten nach Las Vegas fuhr, und dies mit seinen Anrufen vergleichen.

Trinkt zum Mittagessen.

Kaufte teure Damenunterwäsche. (Nicht die Größe seiner Ehefrau.)

Tel. Nr. 369-2436. Miß Sweet Locks.

Kaufte Flasche teuren Bourbon. Kaufte 5 Flaschen Bourbon in den letzten 30 Tagen. Entweder starker Trinker oder viel Gesellschaften.

Hob 120 Dollar in bar ab. Sehr ungewöhnlich, da alle legalen Käufe per Kreditkarte der National Social Security möglich. Bargeld gewöhnlich nur für illegale Ausgaben üblich. Kürzlich wurde empfohlen, Bargeld so bald wie politisch möglich zu ächten.

Gesamtanalyse

Verließ Arbeitsplatz um 16 Uhr. Danach Bourbon 1 Meile von seinem Arbeitsplatz (entgegengesetzte Richtung zu seiner Wohnung) um 4 Uhr 10 gekauft.

Kaufte Zeitung um 6 Uhr 30 bei seiner Wohnung. Unerklärliche 2 1/2 Stunden. Machte heute 3 Einkäufe bei jungen Blondinen. (Statistische Wahrscheinlichkeit 1:78). Daher Schwäche für junge Blondinen zu vermuten.

- 11 -

TERMINE

am Mo 19.12. in 47/771

Fachbereichsratssitzung 14⁰⁰ Uhr

Wem nicht egal ist, was er studiert, kommt hin
wegen der Hauptthemen:

Studienziele (des Informatik-Studiums)
RESOLUTION zum HRG (Vorschlag
siehe innen)

in den Fachschaftsräumen finden
weiterhin statt:

MI 19⁰⁰ Basisgruppe

DO 11³⁰ Datenschutz-AG

DO 16⁰⁰ Studienplan-AG

Volleyball Mo 14-15⁰⁰ gr. Halle

Sauna I Sa 10⁰⁰

24.12. 19⁰⁰-19³⁰ Weihnachten

1.1.79 HRG-Anpassung?

eoz